

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/39

Bonn, den 26. Februar 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Was kann geschehen ? ----- Gedanken und Anregungen zur Reinhaltung der Luft Von Karl Wittrock Regierungspräsident in Wiesbaden	61
2	Prophet Höcherl ----- Im Vorfeld der nächsten Bundestagswahlen	26
3 - 4	"Halb-Gaullist" Freiherr von Guttenberg ----- Eike aufschlußreiche Rede in Mainz Von Wolfram Scheidt, Mainz	77
5	Große Verdienste - trotzdem bescheiden ----- Zum 60. Geburtstag von Willi Enig Verlagsleiter der WESTFÄLISCHE RUNDschau, Dortmund	27
5	Justizrat F. W. Wagner wird 70 Jahre alt ----- Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts	23
5	Skandinaviens Staatsmänner bleiben zurückhaltend ----- Nach den Besuchen in der Sowjetunion	45

Chefredakteur Günter Markscheffel

Was kann geschehen ?

Gedanken und Anregungen zur Reinhaltung der Luft

Von Karl Wittrock

Regierungspräsident in Wiesbaden

Jeder empfindet das Ausmaß der Verunreinigung der Luft in unseren industriellen Ballungsgebieten als bedrückend, und wer hat sich und anderen nicht schon die Frage, was zur Lösung dieses Problems geschieht, gestellt. Die Frage ist berechtigt. Wenn man sie beantworten will, muß man sich zunächst damit beschäftigen, ob alles geschehen ist, um die seit dem Jahre 1959 geltende Fassung der Gewerbeordnung wirklich auszuschöpfen. Damals hat der Gesetzgeber nach jahrelangen Bemühungen den Versuch gemacht, einen Schritt nach vorn zu tun.

Impulse für die Forschung

Die mit der Durchführung der Gewerbeordnung betrauten Behörden bemühen sich gewiß redlich, dem Willen des Gesetzes zu entsprechen. Hierbei sind nach dem Wortlaut des Gesetzes Anordnungen zu treffen, die "nach dem jeweiligen Stand der Technik erfüllbar und für Anlagen dieser Art wirtschaftlich vertretbar" sind.

In der Praxis führt diese gesetzliche Regelung dazu, daß die Behörden der Gewerbeaufsicht mit den in Betracht kommenden Industrieunternehmen zu verhandeln haben, um den Rahmen des technisch Erfüllbaren und wirtschaftlich Vertretbaren auszuloten. Dabei stellt sich oft heraus, daß beispielsweise für die Betriebe der chemischen Industrie oder der Zementindustrie der Bereich dessen, was nach dem jeweiligen Stand der Technik erfüllbar ist, nur aufgrund eigener Forschungsarbeiten dieser Unternehmen oder Unternehmenszweige erweitert werden kann.

Steuererleichterungen

Diesem Tatbestand muß besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Auch das Bundesgesundheitsministerium sollte sich damit befassen. Es bedarf der ständigen Impulse zur Intensivierung dieser notwendigen Forschungsarbeiten, die nicht erzwungen werden können. Deshalb sollte man sich dazu entschließen, die durch Forschungsarbeiten entstehenden Unkosten steuerlich besonders zu begünstigen, und zwar in dem gleichen Maße, wie die unmittelbaren Kosten von Anlagen und Einrichtungen zur Luftreinhaltung steuerlich begünstigt werden.

Überhaupt wäre eine Erweiterung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten für Maßnahmen zur Reinhaltung der Luft geeignet, schneller eine Besserung der Verhältnisse zu erreichen. Die Anlagen zur Luftreinhaltung kosten viel Geld, so daß sehr oft die nach dem Gesetz zu beachtende Grenze des wirtschaftlich Vertretbaren bald erreicht ist. Eine Erweiterung der steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten könnte die Grenze des wirtschaftlich Vertretbaren bei der Anwendung des Gesetzes verschieben, um so besser dem allgemeinen Interesse an der Luftreinhaltung zu entsprechen. Auch das sollte man im zuständigen Bundesministerium beachten.

Hier irrt Frau Dr. Schwarzhaupt

Ein besonderes Problem ist die Frage der Meßstellen. Man spricht heute viel davon. Sie sind notwendig, um in den Ballungsräumen ein genaues Bild von der Situation zu gewinnen. Frau Dr. Schwarzhaupt hat kürzlich behauptet, Nordrhein-Westfalen habe solche Meßstellen als einziges Land der Bundesrepublik eingerichtet. Sie täuscht sich. Auch in Hessen werden seit Jahren systematische Messungen durchgeführt. Eine große Anzahl Meßgeräte sind eingesetzt, um zunächst die Staubbelastung der Luft zu ermitteln und zu kontrollieren.

Ständige Anregungen notwendig

Damit wird ein Auftrag des Gesetzes erfüllt, jedoch nur unvollständig. Denn das Gesetz sieht zusätzlich vor, daß von einzelnen Betrieben der Einbau ständiger Meßgeräte verlangt werden kann. Aber hier fehlt es vielfach noch an geeigneten Geräten, um den Auftrag des Gesetzes wirkungsvoll erfüllen zu können. Sie müssen noch entwickelt werden. Was es heute gibt, ist unzureichend. Es bedarf des systematischen Einsatzes von Technikern und Ingenieuren, um brauchbare Geräte zu entwickeln.

Es sollte zu den Aufgaben des Bundesgesundheitsministeriums gehören, entsprechende wissenschaftliche Aufträge anzuregen, gegebenenfalls zu erteilen und zu finanzieren. Nicht Deklamationen bringen uns voran, sondern Ideen und Taten. An ihnen scheint es oft zu fehlen. Hoffen wir auf die Einsicht.

+ + +

Prophet Hücherl

Im Vorfeld der nächsten Bundestagswahlen

sp - Einen "harten Wahlkampf" zwischen dem Kanzlerkandidaten und Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt, und dem gegenwärtig antretenden Bundeskanzler Erhard noch in diesem Jahr hat Bundesinnenminister Hücherl vorausgesagt. Der Mann dürfte recht haben. Das Ringen um die Neubesetzung des fünften Bundestages wird keine Spiegelfechtereierie sein. Zwar befinden wir uns noch im Vorfeld des Wahlkampfes, doch die Fronten heftiger Auseinandersetzungen beginnen sich schon abzuzeichnen. Lebensfragen der deutschen Politik stehen zur Diskussion. Die CDU/CSU befindet sich heute schon in arger Bedrängnis, sie hat weder neue Männer noch neue Ideen anzubieten. Außerdem spricht sie mit allzuvielen und einander widersprechenden Stimmen. Sollte sich, wie gemunkelt wird, der greise Adenauer als wahrscheinlich wiedergewählter CDU-Vorsitzender die Führung des Wahlkampfes vorbehalten, dann hat das bundesrepublikanische Wahlvolk noch einiges zu erwarten. Doch die Zeiten sind vorüber, in denen sich der von Adenauer gepflegte Wahlkampfstil als Magnet für die CDU/CSU erwies. Die Wähler verlangen nach Sachlichkeit und rückhaltloser Offenlegung dessen, was ist. Daran wird es die SPD unter der Führung Willy Brandts nicht fehlen lassen und die Kanzlerpartei wird sich dazu stellen müssen.

+ + +

"Halb-Gaullist" Freiherr von Guttenberg

Eine aufschlußreiche Rede in Mainz
Von Wolfram Scheidt, Mainz

Karl Theodor Freiherr von Guttenberg, CSU-Bundestagsabgeordneter, bereist zur Zeit die deutschen Universitäten, um vor akademischem Publikum eigene Europa-Vorstellungen zu entwickeln. Sein Weg führte ihn auch nach Mainz, wo er dieser Tage unter dem Thema "Weltmacht Europa" vor einer gespannt lauschenden Schar christlich-demokratisch orientierter Studenten die Bedeutung der vorläufig noch dem Reich französischer "Grande Nation-Wunschvorstellungen" anhaftenden "Force de frappe" für ein politisch geeintes Sechser-Europa als ebenbürtiger Partner der Vereinigten Staaten innerhalb der atlantischen Allianz ausmalte.

"Nase so lang"

Guttenberg, der in dem Rufe steht, ein deutscher "Gaullist" zu sein, stellte sich der Mainzer Versammlung als "Halb-Gaullist" vor. Er halte, so erläuterte er diese Unterscheidung, die Politik des französischen Staatspräsidenten, dessen "Nase so lang" sei, "daß er sie auch entsprechend hoch halten kann", für realistisch und vernünftig, gehe aber mit de Gaulles Methoden, diese Politik zu verwicklichen, nicht unbesehen konform.

Hinsichtlich der "Force de frappe" stimmt Guttenberg aber offensichtlich mit de Gaulle völlig überein. Er möchte sie einer nach französischen Vorstellungen auf dem Weg des "Europas der Vaterländer" zum "Vaterland Europa" entwickelten "Union der Sechs", der beizutreten jedem freiheitlichen Land freistehen soll, als atomaren Glanz verleihen. Auf diese Weise, so malte Guttenberg seinen Plan vor den Studenten aus, werde endlich ein ebenbürtiger Partner für die Vereinigten Staaten von Amerika in der NATO entstehen.

"Amerikanische Anweisungen" ?

Als ebenbürtiger Partner müsse Europa natürlich über die gleiche Macht verfügen wie die USA. Macht sei aber heute gleichbedeutend mit dem Besitz von atomaren Vernichtungsmitteln. Die These der Interessen-Identität zwischen den USA und ihren europäischen Verbündeten, nach der man nur den "amerikanischen Anweisungen" zu folgen brauche, um die Sicherheit Europas zu gewährleisten, halte er für äußerst gefährlich. Spätestens seit dem Zeitpunkt, als die Sowjetunion in ihrer atomaren Rüstung mit den USA gleichzog, könne man nicht mehr von einer Identität der Sicherheitsinteressen zwischen den NATO-Partnern sprechen. Seitdem sei es der USA nicht mehr möglich, der UdSSR für den Fall militärischer Aktionen gegen ein NATO-Land mit einem atomaren Gegenschlag zu drohen, weil Washington sich damit selbst einem sowjetischen Vernichtungsschlag aussetzen würde. Der atomare Schutzschirm der USA für Europa sei also rissig geworden. Daher müsse Europa seinen Schutz selbst übernehmen, was aber nur mit der Instal-

lierung eigener atomarer bewaffneter Truppen als Fortentwicklung der "Force de frappe" möglich sei.

Selbstverständlich, so beeilte sich Guttenberg zu versichern, dürfe die künftige europäische Atomstreitmacht niemals in einen Ernstfall verwickelt werden. Ihre einzige Funktion müsse die Abschreckung bleiben, da "ein neuer Krieg in der alten Welt keinen Stein auf dem anderen lassen" werde.

"Kern Frankreich"

Den Kern dieser europäischen Abschreckungsmacht findet Guttenberg also in Frankreich. Die anzustrebende Politische Union Europas, so argumentiert er, müsse sich daher ebenfalls um Frankreich gruppieren. Warten auf England sei jedenfalls nicht die beste Europapolitik. Es sei illusionär, den Fortschritt der "Sechs", der sich in der EWG so gut angelassen habe, solange aufzuhalten, bis es "Sieben" geworden seien. England werde von selbst zu Europa stoßen, wenn die "Sechs" vorangekommen seien.

Stimmen, die in der französischen Politik statt europäischer nationalistische Ziele sehen, wies Guttenberg energisch zurück. Zahlreiche prominente Franzosen hätten ihn des europäischen Charakters des französischen Kurses versichert: "Mit welchem Recht zweifelt man in Deutschland daran?"

Guttenberg fand mit seinen Ausführungen offensichtlich solche Zustimmung, daß die anschließende Diskussion recht müde geführt wurde. Die zaghaft gestellte Frage, mit welcher Berechtigung er in der noch nicht aufgebauten "Force de frappe" mehr Möglichkeiten zum Schutze Europas sehe als in der bereits existierenden englischen und amerikanischen Atomstreitmacht, überhörte der "Halb-Gaullist" Guttenberg geflissentlich.

* * *

sp - Es ist bemerkenswert, daß der "Halb-Gaullist" Freiherr von Guttenberg seine politischen Thesen von der Rolle Europas in der Weltpolitik offensichtlich ausserhalb von Bonn propagiert. Ob er damit rechnet, dort ein weniger kritisches Publikum zu finden oder ob es ihm darauf ankommt, seine Ansichten zunächst einmal zu testen, wird sich wohl bald herausstellen. Aufschlußreich wäre es jedoch zu wissen, wie groß der Kreis jener Politiker in der CDU/CSU ist, der die gleichen Ansichten wie Freiherr von Guttenberg hat und der auch gewillt ist, sie gegen die offizielle Politik der Bundesregierung durchzusetzen.

+ + +

Große Verdienste - trotzdem bescheiden

Zum 60. Geburtstag von Willi Emig

Am 28. Februar kann der Verlagsleiter der WESTFÄLISCHE RUNDschau in Dortmund, Willi Emig, seinen 60. Geburtstag feiern. Sein bescheidenes und zurückhaltendes Wesen läßt oft die großen Verdienste vergessen, die sich Willi Emig um den Wiederaufbau der demokratischen Presse in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg erworben hat. Seit seiner frühesten Jugend gehörte der aus einer alten sozialdemokratischen Mainzer Familie Stammende der sozialdemokratischen Bewegung an. Schon vor 1933 war er als Verlagskaufmann tätig, weigerte sich jedoch, den Machthabern des Dritten Reiches sein Können und Wissen zur Verfügung zu stellen. Harte und gefährvolle Jahre der illegalen Tätigkeit gegen das Regime der Barbarei konnte Emig überstehen. Als nach 1945 die französische Besatzungsmacht versuchte, mit Hilfe ihrer genehmer Zeitungen ihre damalige linksrheinische Politik zu propagieren, übernahm Emig im Auftrag von Kurt Schumacher die Aufgabe, in Mainz aus dem Nichts eine sozialdemokratische Zeitung aufzubauen. Ohne eigene Druckerei, mit unzulänglichen Papierzuteilungen und angesichts einer übermächtigen Konkurrenz gelang es Emig, für das ganze Gebiet Rheinland-Pfalz DIE FREIHEIT als politisches Organ der SPD durchzusetzen und als Gegengewicht gegen eine angeblich politisch neutrale Presse zu erhalten. Dank seines verlegerischen Könnens und einer auf Jahre vorausschauenden Umsicht konnte Willi Emig im Jahre 1957 einem jüngeren Nachfolger ein wichtiges politisches Instrument übergeben. Seither steht Willi Emig als Verlagsleiter der WR in Dortmund an der Spitze einer der größten Zeitungen in der Bundesrepublik. - In Fachkreisen hoch angesehen, als zuverlässiger Demokrat überall geschätzt, begleiten ihm an seinem Geburtstag die Wünsche zahlreicher Freunde.

+ + +

Justizrat F. W. Wagner wird 70 Jahre alt

Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts

G.J. - Der Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts, Justizrat Friedrich Wilhelm Wagner, vollendet am 28. Februar sein 70. Lebensjahr. Es ist gut zwei Jahre her, daß dem damals seit vielen Jahren erfolgreichen Rechtsanwalt und erfahrenen Politiker dieses hohe Amt übertragen wurde. Als der Bundesrat ihn einstimmig wählte, mag bei der Entscheidung mitgesprochen haben das hohe Ansehen, dessen sich Wagner als Anwalt in weiten juristischen Kreisen erfreut, aber auch seine Jahrzehnte lange politische Erfahrung. Wagner war schon 1921 an führender Stelle in der SPD der Pfalz tätig, bewährt in mannigfaltigen Auseinandersetzungen mit dem heraufziehenden Nationalsozialismus und schließlich von 1930 - 33 Mitglied des Reichstages. Verhaftung im Gerichtssaal und schwere Jahre der Emigration blieben ihm, dem entschiedenen Verteidiger der Demokratie, nicht erspart. 1947 kehrte er zurück und stellte sich sofort wieder in den Dienst der Demokratie. Die Arbeit im Parlamentarischen Rat, in dem er mit Erfolg die Aufnahme des Artikels 102 GG bewirkte, wonach die Todesstrafe abgeschafft ist, und die Mitarbeit im Deutschen Bundestag, in der ihn sein Wahlkreis Ludwigshafen seit 1949 jedes Mal in direkter Wahl entsandte, waren weitere Stationen seines Lebensweges. Beruflicher Erfolg und demokratisches Verantwortungsbewußtsein führten zur Krönung dieses Lebensweges durch die Berufung in das hohe Amt des Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts. Es möge ihm vergönnt sein, auch im neuen Lebensjahrzehnt in Gesundheit und Schaffenskraft diese seine Aufgabe zum Wohle der Bundesrepublik erfüllen zu können.

+ + +

Skandinaviens Staatsmänner bleiben zurückhaltend

Nach den Besuchen in der Sowjetunion

HB. - Kopenhagen

Der dänische Staatsminister Jens-Otto Krag und seine Gattin, die Schauspielerin Hella Virkner-Krag, statteten dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow einen offiziellen Besuch ab. Dabei wurde der Gegenbesuch, den Chruschtschow im Juni in Dänemark und den anderen skandinavischen Staaten plant, vorbesprochen.

In Moskau ging es um die gegenseitigen Handelsbeziehungen, an denen Dänemark sehr interessiert ist, weil es durch die wachsende EWG-Integration als EFTA-Staat vom EWG-Raum immer mehr abgeschnitten wird. Der gegenseitige Handel soll ausgeweitet werden. Dänemark wird chemische Erzeugnisse nach Rußland schicken sowie Experten, die dort chemische Fabriken errichten sollen. Ferner wird Dänemark stärker als bisher Düngemittel, Landwirtschaftsmaschinen und Schiffe in die Sowjetunion liefern. Dafür wird die UdSSR Rohstoffe für die dänische Stromerzeugung, vor allem Kohle und Erdöl, liefern.

Zwischen Krag und Chruschtschow wurde ferner erörtert, in welchem Umfange sich Chruschtschow bei seinem Dänemark-Besuch landwirtschaftliche Einrichtungen und Veredelungsbetriebe ansehen soll. Es ist daran gedacht, Chruschtschow mit der dänischen Viehzucht, der Bewirtschaftung von großen Höfen und der Erzeugung von Käse und Bacon-Speck vertraut zu machen. Bei den Betriebsbesichtigungen im dänischen Jütland wird Chruschtschow nicht weit von der deutsch-dänischen Grenze aufkreuzen.

Auch über die Frage eines atomwaffenfreien Ostseeraums wurde gesprochen. Chruschtschow soll aber nicht auf eine gründliche Erörterung bestanden haben, zumal sich gerade während des Krag-Besuches in Moskau und Leningrad der schwedische Staatsminister Erlander zu dieser Frage geäußert hat. Erlander lehnte Vorstellungen von Chruschtschow über eine atomwaffenfreie Zone im Norden ausdrücklich ab.

Der von den Kommunisten abgeschwenkte dänische Politiker Aksel Larsen von der linkaradikalen Sozialen Volkspartei, hat inzwischen in Stockholm vor dem Parlament des Nordischen Rates eine Festlegung auf eine kernwaffenfreie Zone im Norden zu erreichen versucht. Darauf antwortete Erlander, Schweden begrüße das Moskauer Abkommen über die Einschränkung der Kernwaffenversuche und wünsche, wie die anderen Staaten des Nordischen Rates, daß keine anderen Länder Kernwaffen erhalten sollten. Schweden wünsche auch, daß die Großmächte ihre Vereinbarung auf einen vollständigen Stopp aller Kernwaffenversuche ausdehnen. Im übrigen würde aber Schweden eine Garantie der Großmächte für ein atomwaffenfreies Gebiet in Nordeuropa als nicht ausreichend betrachten, um einen grundsätzlichen Verzicht auf Atomwaffen zu proklamieren.

Der dänische Außenminister Per Haekkerup äußerte anschließend noch betonter an die Adresse Moskaus, kein Staat im Nordischen Rat verfüge über Atomwaffen. Daher erübrige sich eine Proklamation und eine Vereinbarung über eine kernwaffenfreie Zone, soweit es die skandinavischen Völker in Nordeuropa betreffe.